



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3397
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Elke Kessel

Wiesbaden, 26.05.2011

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Schule und Kultur
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Schule und Kultur
am Mittwoch, 01. Juni 2011, um 17:15 Uhr,
Rathaus, Raum 301 (3. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. **11-S-00-0016**
Eröffnung durch den Stadtverordnetenvorsteher
2. **11-S-00-0017**
Wahl der/des Vorsitzenden
3. **11-S-00-0018**
Wahl der/des stellvertretenden Vorsitzenden
4. **11-S-00-0019**
Wahl der Schriftführerin/des Schriftführers
5. **11-S-00-0020**
Wahl von Verwaltungsbediensteten zu weiteren Schriftführerinnen/Schriftführern

Bereich Kultur:

6. 11-F-33-0002

Gestaltung der „grauen Kästen“

-Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.05.2011-

Im Stadtgebiet Wiesbadens stehen rund 2 500 ‚graue Kästen‘, die mehrere Betreiber haben. In Betracht kommen die ESWE Versorgung (Stromverteilerkästen), der Deutschen Post (Sammelpunkte für die Briefverteilung), die Deutsche Telekom (Telefonfestnetz) und die Landeshauptstadt Wiesbaden (Ampelschaltungen). Vereinzelt werden die Flächen dieser Kästen mit Hilfe sog. ‚Moskitonetze‘ für Werbezwecke genutzt. In großer Anzahl sind diese Kästen jedoch durch illegale Farbschmierereien verunziert. Die wenigen, die von Schmierereien bisher verschont geblieben sind, zeigen sich in eintönigem Grau. Ein schmutzbedingter Grauschleier verstärkt das Erscheinungsbild von Ungepflegtheit. Der optischen Belebung und Verschönerung des Stadtbildes stehen diese Eindrücke insgesamt kontraproduktiv entgegen. Andere Gemeinden haben die Oberflächen solcher Funktionskästen zur Verbesserung des Stadtbildes optisch gestaltet (z.B. Bad Nauheim)

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten

- im Einvernehmen mit den Betreibern zu prüfen, ob
 - a. Wiesbadener Künstler für die Gestaltung der ‚grauen Kästen‘ gewonnen werden können,
 - b. Wiesbadener Schulen dafür interessiert werden können, die Gestaltung als pädagogische Projekte zu realisieren,
- auf die Betreiber im Sinne einer schnellen Beseitigung von Schmierereien und Verschmutzungen einzuwirken.

Der Magistrat wird ferner gebeten in Bezug auf die sich im Besitz der Landeshauptstadt befindlichen ‚grauen Kästen‘ mit gutem Beispiel voran zu gehen, d. h. für eine kurzfristige Beseitigung von Schmierereien und Verschmutzungen Sorge zu tragen und die Schaltkästen für eine künstlerische Gestaltung durch Wiesbadener Künstler und Schüler zur Verfügung zu stellen.

7. 11-F-33-0003

Geschichte der Wiesbadener Juden - Empfehlung für den Geschichtsunterricht an Wiesbadener Schulen

-Antrag der Fraktionen CDU und SPD vom 24.05.2011-

Am 27.01.2011 wurde die Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden am Standort der von den Nationalsozialisten zerstörten Synagoge am Michelsberg feierlich eingeweiht. Die Stadtentwicklungsgesellschaft Wiesbaden mbH (SEG) hat aus diesem Anlass die Broschüre ‚Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden Eine Dokumentation‘ herausgegeben. In ihrer hohen lokalhistorischen Qualität erscheint diese Dokumentation besonders geeignet, die Epoche der Verbrechensherrschaft der Nazis Wiesbadener Schülerinnen und Schülern auch im lokalem Bezug nahe zu bringen. Als Ergänzungsmaterial für den Geschichtsunterricht ist sie deshalb für Wiesbadener Schulen besonders empfehlenswert.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, den Leitungen der Wiesbadener Schulen zu empfehlen, die SEG-Broschüre ‚Gedenkstätte für die ermordeten Wiesbadener Juden‘ im Geschichtsunterricht einzusetzen und mit einem Besuch der Gedenkstätte am Michelsberg zu verbinden.

8. 11-F-08-0010

Sachstandsbericht - Laufender Betrieb und Ersatzneubau Veranstaltungshalle KuK
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.05.2011-

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat möge zur Umsetzung der Beschlüsse 0074, 0075, 0076 und 0077 aus der Stadtverordnetenversammlung vom 17. Februar 2011 (Beschlüsse in Zusammenhang mit dem Betrieb des Kulturzentrums Schlachthof und dem Bau einer neuen Veranstaltungshalle) - einen Sachstandsbericht geben.

9. 11-V-41-0017

DL 09/11-16

Ersatzneubau Kulturzentrum Schlachthof; weitere Beauftragungen

10. 11-V-41-0019

DL 11/11-5

Kulturzentrum Schlachthof; Baumaßnahme und zukünftiger Betrieb

11. 11-F-08-0009

Sicherung der freien Bühnen und Theaterinitiativen
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.05.2011-

Der Ausschuss möge beschließen:

1.

Es wird zur Kenntnis genommen, dass

1.1

die verschiedenen freien Bühnen und Theaterspielstätten in der Landeshauptstadt Wiesbaden insbesondere aufgrund gestiegener Kosten in den Bereichen Mieten, Gebäudeunterhaltung und Unterhaltung des Betriebsinventars seit geraumer Zeit finanzielle Defizite erwirtschaften, die durch ihre Einnahmen und den aktuellen unzureichenden städtischen Zuschuss nicht aufgefangen werden.

1.2

diese freien Bühnen und Theaterspielstätten daher in ihrer Existenz gefährdet sind und deshalb der für das laufende Haushaltsjahr vorgesehene städtische Zuschuss erhöht werden muss, um den für die Kultur der Landeshauptstadt unverzichtbaren Beitrag der Bühnen und Theaterspielstätten auch für die Zukunft zu erhalten.

1.3.

für die kommenden Haushaltsjahre für die freien Bühnen und Theaterspielstätten entsprechend höhere Zuschussbeträge anzumelden sind.

2.
Der Magistrat möge dem Ausschuss kurzfristig berichten, welche zusätzlichen Zuschussbeträge für die einzelnen freien Bühnen und Theaterspielstätten für das Haushaltsjahr 2011 erforderlich sind, um deren Existenz zu sichern.
3.
Der Magistrat wird beauftragt zu gewährleisten, dass noch vor der Sommerpause die erforderlichen Zuschussbeträge an die freien Bühnen und Theaterspielstätten ausgezahlt werden können.
Die Beträge werden dem Dezernatsbudget von Dezernat V/ 41 zugewetzt.
4.
Es wird zur Kenntnis genommen, dass
 - 4.1.
das Velvets - Black & Light Theater in Wiesbaden ein in der Bundesrepublik einmaliges Theater darstellt, das wesentlich zur kulturellen Attraktivität der Landeshauptstadt Wiesbaden beiträgt,
 - 4.2.
das Velvets - Black & Light Theater momentan weder von der Raumgröße noch von der Lage über eine geeignete Spielstätte verfügt, um das künstlerische Potential und das Besucherpotential auszuschöpfen.
5.
Der Magistrat wird beauftragt zu prüfen, welche alternativen geeigneten Standorte für das Velvets - Black & Light Theater in Frage kommen und welche Investitionen dafür erforderlich sind. Mit den Ergebnissen der Prüfung sind die städtischen Gremien so rechtzeitig zu befassen, dass finanzielle Mittel für die erforderlichen Investitionen im Haushalt 2012 und ggfs. in weiteren Haushaltsjahren eingestellt werden können.

12. 11-V-41-0005 **DL 10/11-9, 02/11-8**

Situation der freien Bühnen und Theaterinitiativen

13. 11-V-01-0008 **DL 10/11-2**

Abschluss der Kommissionsarbeit der Magistratskommission "Mediation, Anpassung und Widerstand - Konsequenzen aus dem Steinbach-Gutachten"

14. 11-V-41-0016 **DL 09/11-15**

Architektenhonorar für den geplanten Neubau Stadtmuseum

15. 11-F-08-0001

Namensschilder im Ausschuss
- Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.5.2011 -

Der Ausschuss möge beschließen:

Bei öffentlichen Sitzungen des Ausschusses werden vom Amt der Stadtverordnetenversammlung für die Mitglieder des Ausschusses sowie die Vertreter/Vertreterinnen des Magistrates, der Fachämter,

Seite 5 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Schule und Kultur am 01. Juni 2011

des Ausländerbeirates, des Seniorenbeirates und des Jugendparlaments an ihren Sitzplätzen Namensschilder aufgestellt.

Bei den Stadtverordneten wird auf dem Schild auch die Fraktionszugehörigkeit angegeben.

Bereich Schule:

16. 11-F-03-0022

Zeitplan Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen
-Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 19.05.2011-

Die Stadtverordnetenversammlung hat am 17. Februar 2011 einstimmig beschlossen, eine Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen vom Magistrat erstellen zu lassen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über den Zeitplan zur Erstellung der Prioritätenliste Schulbaumaßnahmen zu berichten.

17. 11-F-08-0002

Sachstandsbericht zur Genehmigung und Umsetzung der "Fortschreibung des Schulentwicklungsplanes 2010-2015"
-Antrag der Fraktion LINKE&PIRATEN vom 25.05.2011-

Im Juni 2010 wurde von der Stadtverordnetenversammlung die Vorlage "Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung 2010-2015" beschlossen.

Der Ausschuss möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert zur Genehmigung und Umsetzung des Schulentwicklungsplanes 2010-2015 einen Sachstandsbericht zu geben.

18. 11-V-08-0004

DL 11/11-1

Antwort des Hessischen Kultusministerium zum Antrag auf Vorab-Teilgenehmigung des Schulentwicklungsplanes 2010-2015

19. 11-V-05-0002

DL 09/11-5

Energetische Ertüchtigung der Goetheschule (Austausch Heizungsanlage, Dämmung oberste Geschossdecke), aus dem Programm "Förderung der energetischen Modernisierung sozialer Infrastruktur - Investitionspakt"

20. 11-V-08-0001

DL 09/11-8

Grundschule Breckenheim - Ausbau der Betreuung - Freigabe von Planungsmitteln

21. 11-V-40-0015 **DL 09/11-14**

Grundschulkinderbetreuung in Trägerschaft von Eltern- und Fördervereinen

22. 11-V-40-0018 **DL 10/11-7**

Alexeji-von-Jawlensky-Schule;
Asbestsanierung und Ertüchtigung des Brandschutzes im Rahmen von SOKO 44+

23. 11-V-40-0021 **DL 10/11-8**

Sonderkonjunkturprogramm Schulen - Deckung von Mittelverschiebungen

24. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher